

Calmer Calmbach

Nr. 228.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Zeitungswert: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinspaltige Seite 25 Pf. -
Reklamen 60 Pf. - Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. - Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 1. Oktober 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Traglohn Nr. 3.30 vierteljährl., Postbezugspreis im
Orts- u. Nachbarortverkehr Nr. 3.50, l. Fernverkehr Nr. 3.60, Beifüg. u. Zuschlag 60 Pf.

Zur äußeren Lage.

Die Verteilung der deutschen Luftflotte.

Verailles, 30. Sept. Die Vertreter der fünf alliierten Großmächte unter dem Vorsitz des Außenministers Pichon trafen heute vormittag zusammen und nahmen die Vorschläge einer Kommission über die Verteilung der deutschen Luftflotte an. Es soll beschlossen worden sein, einen Protest wegen des Verkaufes verschiedener Flugzeuge an neutrale Staaten an die deutsche Regierung zu richten. Weiterhin sind Maßnahmen getroffen worden, um ein ferneres Abwandern deutschen Luftschiffmaterials nach dem Auslande zu verhindern.

(W.B.) Amsterdam, 30. Sept. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß der Oberste Rat beschlossen habe, darauf zu bestehen, daß Deutschland den Erlös aus dem Verkauf des Luftschiffmaterials ausschüttele.

Räumung des Baltikums.

(W.B.) Riga, 30. Sept. Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden.

Französische Justiz im besetzten Gebiet.

* Berlin, 1. Okt. Wie dem „S. L. A.“ aus Frankfurt a. M. mitgeteilt wird, wurde der sozialdemokratische Stadtrat Ober in Speyer, der bereits längere Zeit in Untersuchungshaft sitzt, von dem Polizeigericht der 8. französischen Armee zu fünf Monaten Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe oder weiteren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war beschuldigt, Pläne ohne behördliche Genehmigung zum Anschlag gegeben zu haben.

Französische Bestialität.

Ueber die Vorfälle in Ludwigshafen, die, wie gemeldet, zum Gegenstand einer deutschen Beschwerde gemacht worden sind, erhält die „Frankf. Zeitung“ eine Zuschrift, die wir folgendes entnehmen: Es liegen endlich die Aussagen sämtlicher verurteilten Zeugen vor, und nach diesen muß man sagen: Daß ein französischer Offizier deutsche Beamte, die ohne Waffen, also ganz wehrlos sind, die ihm nicht den leisesten Grund dazu gegeben haben, die sich auf seinen Anruf wortlos die körperliche Untersuchung gefallen lassen und auch den schmachvollen Befehl „Hände hoch“ sofort befolgen, trotzdem mit dem Keiftod ins Gesicht schlagen darf, so daß sie über und über blutend an die Wand taumeln oder zusammenbrechen, daß derselbe Offizier einen alten verdienten Beamten, der ihn nicht sofort versteht, mit einem Fußtritt in das Kreuz in die Erde schleudern darf, das muß in jedem rechtlich fühlenden Menschen die stärkste Entrüstung erwecken, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Es ist nachgewiesen, daß man den zu Tode getroffenen Postverwalter See ohne jegliche Hilfeleistung verbluten ließ und den letzten Wunsch des Sterbenden, seine Frau noch einmal sehen zu dürfen, mit den höhnischen Worten quittierte: „Kaput — egal! fünf Pfennig Kaput, egal!“

Immer wieder die polnische Grenzüberfälle.

(W.B.) Breslau, 30. Sept. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit, daß bei Wilmersdorf, südlich Groß-Goschütz, und bei Lubshau-Lubshitz unsere Postierungen von polnischen Banden angegriffen, die Banden aber verjagt wurden.

Die Verhältnisse in Polen.

Mährisch-Odrau, 30. Sept. Der Krakauer „Gazet“ erfährt aus Warschau: Ohne Zusammenhang mit dem Ultimatum des Warschauer Arbeiterrats, das mit dem Generalstreik droht, wenn der Krieg im Osten nicht bis zum 1. Oktober beendet ist, drohen auch die Warschauer Postbediensteten, die Bediensteten der Straßenbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke mit dem Streik, wenn ihre Forderungen nicht bis zum 1. Oktober erfüllt sind. — Der Berichterstatter fügt hinzu, die Regierung habe Beweise, daß schon längere Zeit hindurch die Kommunisten unter Führung der russischen Volkskommissare in Polen darauf hinarbeiteten, im ganzen Lande eine Revolution heraufzubekommen. Die Behörden verfügten für den ersten Oktober strenge Militärdisziplin. Die Regierung sei fest entschlossen, sich bei Verhinderung dieser Bewegung der schärfsten Mittel zu bedienen.

Die tschecho-slovakische Politik Deutschland gegenüber.

Prag, 1. Okt. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung sprach der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Beneš, über die außenpolitischen Verhältnisse der tschecho-slovakischen Republik. Bezüglich Deutschlands äußerte er: Neben dem großen Block der Alliierten stellt sich für uns der germanische Block und der russische. Die Richtlinien unserer Politik gegenüber diesen beiden Blöcken kann aber heute noch nicht im einzelnen feststehen,

weil die Verhältnisse dort unfertig sind. Das Verhältnis zu den Deutschen ist für uns ein vitales und deshalb müssen wir mit der größten Aufmerksamkeit unsere Beziehungen zu Deutschland prüfen und mit äußerster Umsicht und Vorsorge endgültig regeln. Die Rechtsbasis unserer Beziehungen zu Deutschland, die im Friedensvertrag niedergelegt ist, genügt nicht, denn daneben ist es noch notwendig, Politik und Diplomatie zu betreiben, was immer eine Kunst ist. Das heutige Deutschland ist ein unfertiges Gebilde, das noch für viele Jahre vollständig mit seiner großen inneren Krise beschäftigt sein wird, das allerdings bald wieder einen neuen Anlauf zu ausländischer Politik und zur Entscheidung der Weltereignisse nehmen wird, das aber heute noch nicht in der Lage ist, einen verhältnismäßig wenig starken Staat, wie es die tschecho-slovakische Republik ist, zu schädigen. Es liegt in unserem Interesse, eine loyale und korrekte Politik Deutschland gegenüber zu betreiben, aber gleichzeitig schon heute ganz klar die Richtlinien für die ausländische Politik unserer Republik zu fassen, die niemals zulassen darf, ein Spielzeug in den Händen des Nachbarn zu werden, die ihre Freiheit, ihre tatsächliche politische Macht verlieren würde, wenn sie in dieser oder jener Form von irgend einem Nachbarn abhängig würde. Es ist übrigens selbstverständlich, daß wir jedem Versuch einer Wiederholung einer pangermanischen Politik mit größter Energie entgegenzutreten werden.

England setzt den wirtschaftlichen Kampf gegen Deutschland fort.

Kopenhagen, 30. Sept. Es verlautet, daß England beabsichtigt, die schwarzen Listen wieder einzuführen. Englische Blätter haben schon lange ihren Unwillen über die neutralen Länder zum Ausdruck gegeben und behaupten, daß diese im Geheimen als Ausfuhrkanäle Deutschlands für eine Reihe von Waren dienen, die dann als neutrale Produktion verkauft würden. Als Abwehr hiergegen beabsichtigt England die Wiedereinführung der schwarzen Listen, doch ist zu erwarten, daß in den neutralen Ländern diese Maßnahme zweifellos einen kräftigen Protest hervorrufen würde.

Die italienische Kammer für Fiume.

Rom, 30. Sept. Die Kammer setzte gestern die Erklärungen über die Ausführlungen Tittonis fort. Die Debatte, die zeitweise recht lebhaft verlief, gestaltete sich zu einer einmütigen Demonstration für Fiume. Die Redner aller Parteien waren sich darüber einig, daß an der Italianität Fiumes nicht gerüttelt werden dürfe, wenn auch einige von ihnen die Haltung der Armee, die sich nach einer Aeußerung Nittis in ungesunder Geistesverfassung befindet, bedauerten. Nitti bekannte sich als Gegner der Aufhebung der Zensur, welche Maßnahme die Erregung im Volke noch gesteigert und die an und für sich schon heikle Lage des Landes weiter verschlimmert habe. Die Regierung werde die nationalen Ansprüche bis zur Grenze des Menschenmöglichen und unter Bringung aller Opfer verteidigen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte er nochmals die unbedingte Italianität Fiumes und verlangte von der Kammer ein klares und offenes Vertrauensvotum. Der radikale Abg. Sacchi unterbreitete dann dem Hause eines Tagesordnung, die die Regierung auffordert, bei den Alliierten Mächten eine Aktion zu unternehmen, damit dieselben den italienischen Charakter Fiumes anerkennen. Bei der Abstimmung über die verschiedenen Teile der Tagesordnung kam es zu heftigen Lärmereien. Zahlreiche Angriffe für und gegen die Regierung wurden unter schreiendem Tumult gewechselt. Schließlich wurde die Sitzung durch Namensaufruf und Abstimmung geschlossen.

Auflösung der italienischen Kammer.

Rom, 30. Sept. Nach Informationen der Mailänder Blätter scheint in Rom die Absicht zu bestehen, die Friedensverträge durch ein königliches Dekret vorbehaltlich der Genehmigung durch das neue Parlament zu ratifizieren. Unter dem Vorstehe des Senators Morlana soll bereits eine Kommission von Ministern zusammengetreten sein, um über die Möglichkeit einer juristischen Formel zu beraten. Wenn diese Formel gefunden werden sollte, so würde die Regierung das betreffende Dekret im Bericht der Kammerauflösung veröffentlichen.

Französische und italienische Kämpfe gegen die Marokkaner.

Paris, 1. Okt. Nach einer Havasmeldung haben die Franzosen in der Gegend von Thasa Angriffe marokkanischer Stämme abgeschlagen. Die Spanier haben ihren Vormarsch von Regala, Tetuan und Ceuta aus am 26. September erfolgreich begonnen.

Amsterdam, 1. Okt. Die „Times“ meldet aus Madrid, daß die Offensive der Spanier gegen Rif begangen habe. Die spanischen Truppen hätten die ihnen für den ersten Tag gesteckten Ziele in schwerem Kampfe erreicht. Eine aus Eingeborenen zusammengesetzte Truppenabteilung, die, von spanischen Offizieren geführt, durch das

Dorf Beni-Salem gezogen sei, sei in einen Hinterhalt Rifsfalls gefallen, habe gemeutert, und darauf die spanischen Offiziere ermordet.

Ein Abkommen zwischen den russischen Gegenrevolutionären und der Ukraine.

Berlin, 1. Okt. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ melden Kopenhagener Zeitungen aus Helsingfors, daß zwischen Peltjura und Denikin ein Abkommen abgeschlossen wurde, wonach die Ukraine auf die Unabhängigkeit verzichtet, im zukünftigen Großrussland aber eine bevorzugte Stellung erhalten soll. Das Abkommen wurde durch die Galizier erzwungen, die die Mehrzahl der Truppen Peltjuras ausmachen.

Ausland.

Polnische Gewalttätigkeiten überall.

Berlin, 30. Sept. Der wehrlose Minister des Innern, Tereščichenko, wurde, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, bei der Rückkehr von einer diplomatischen Mission in Lettland und Estland auf der Fahrt nach Minsk von polnischen Gendarmen verhaftet und in Wilna ins Gefängnis eingeliefert, wo er gefangen gehalten wird.

Bromberg, 30. Sept. Der Gewerkschaftssekretär Stössel, Mitglied der preussischen Landesversammlung, ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in Posen ohne jeden ersichtlichen Grund verhaftet worden. Stössel, der sich aus Anlaß von internen Besprechungen über Gewerkschaftsangelegenheiten in Posen aufhielt, wurde nachts gegen 1 Uhr in seinem Hotelzimmer aus dem Bett herausgeholt und unter Bedrohung seines Lebens wie ein gemeiner Verbrecher nach dem Polizeigefängnis geschleppt. Auf den energischen Einspruch der Posener Parteigenossen ist Stössel nach umständlichen Vernehmungen und Rückfragen am Freitag nachmittag gegen 3 Uhr wieder frei gelassen worden.

Proteste der elsäß-lothringischen Arbeiter.

* Berlin, 30. Sept. Wie der „Vorwärts“ aus Lörrach meldet, protestierte eine Versammlung rheinischer Sozialisten gegen die Einberufung der Jahressitzungen 1898 und 1899, gegen die Anwesenheit von Kolonialtruppen in Lothringen, gegen die Rückweisung elsäßischer Arbeiter aus Frankreich und forderte ferner die Entlassung bestimmter französischer Beamter. Die Straßburger Sozialisten schlossen sich diesem Protest an.

Der Eisenbahnerstreik in England.

Amsterdam, 29. Sept. Einer Reutersmeldung aus London zufolge gab Downing Street heute mittag folgende Meldung aus: Die aus dem Lande eintreffenden Nachrichten besagen, daß so gut wie der gesamte Eisenbahndienst eingestellt wurde. In ruhen sind nicht gemeldet. Die Regierung richtet in den Straßen Transportdienste ein, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. — Reuters meldet, daß Anordnungen erteilt worden sind, nach Mitternacht in Cardiff die gesamte Verschiffung von Kohlen einzustellen, so daß alle verfügbaren Kohlen den englischen Verbrauchern zugute kommen. Die Angestellten der Londoner Auto-Omnibus- und Straßenbahngesellschaft haben beschlossen, am 29. September die Arbeit nicht einzustellen und noch einmal über die Lage zu beraten.

Amsterdam, 30. Sept. Reuters meldet vom 28. September: Der Streik hat in Südwesten eine erste Lage geschaffen. Die Mehrzahl der Zechen wird bis morgen abend geschlossen haben. Auch in der Stahl-, Eisen-, Metall-, Kupfer- und Maschinenindustrie werden Betriebe geschlossen. Der Great-Western-Bahn gelang es heute, einige Züge zwischen London und Reading und zwischen einigen Provinzstädten laufen zu lassen. Die Southwestern- und Metropolitanbahn haben einen beschränkten Vorortverkehr begonnen.

Laut Meldung des „Telegraaf“ wird der Hydepart in London, der als Depot für Motor- und Lastwagen benutzt wird, jetzt für das Publikum vollständig geschlossen. Die Häfen von Cardiff, Swansea und Newport sind blockiert. In York ist der Verkehr vollständig lahmgelegt. Der in England vorhandene Lebensmittelvorrat reicht für etwa 14 Tage.

Amsterdam, 1. Okt. Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß in Südwesten 300 000 und in Rhonda 30 000 Bergarbeiter erwerbslos sind. Versuche zur Wiederanbahnung der Verhandlungen sind nicht unternommen worden. Der Generalsekretär des Maschinen- und Holzgewerkschafts, Bromley, erklärte, er rechne mit einer Streikdauer von sechs Wochen. Die gesamte Textilindustrie in Lancashire ist infolge des Eisenbahnerstreiks ernstlich bedroht. In Leeds haben zwei große Stahlfabriken schließen müssen. Der Führer der Bergarbeiter, Smilie, hat erklärt, daß in zwei bis drei Tagen infolge des Eisenbahnerstreiks 90 Prozent der Bergarbeiter zum Streiken gezwungen werden würden.

de und Be-
2. Oktober
ad Teinach
meisters
elbauers
geöffnet.
ämtlicher
aren
jeht zu decken,
in den Winter-
hürzen- und
Winter-Klei-
warze Klei-
firmanden-
ent, Leible-
s Leder und
Futterstoffe,
Kissen.
en-Mäntel.
en
reimer.
mann
erstraße.
n
nen
hinen
eilen
lnach.
st berechnet.
Gebisse
chten Preisen nach
on Dame zu kaufen
umt jede Woche nach
Abreßabgabe be-
ng an die Geschäfts-
ttes erbeten.
ücke!
0 Mk. per Stück.
Nachnahme 4 Mk.
nger, Heilbronu,
hstraße 5.
junge
Ruh-
Ruh
ufen
Golz, Bauer und
Oberhaugstett.

Die Luxemburger für die Republik und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich.

(W.B.) Versailles, 30. Sept. Nach einem Privattelegramm des „Echo de Paris“ aus Luxemburg waren bis gestern nachmittags 3 Uhr folgende Abstimmungsergebnisse des Referendums bekannt: für Großherzogin Charlotte 11.504 Stimmen, für die Republik 39.013 Stimmen, für die Zollunion mit Frankreich 12.980 Stimmen, für die Zollunion mit Belgien 3843 Stimmen. Das endgültige Ergebnis dürfte heute Abend festgestellt werden.

Die elssässische Frage und ihre Lösung.

Zurzeit hält ein berufener Vertreter der Elsaß-Lothringer, der frühere Herausgeber der Zeitschrift „Die Vorleser“, Redakteur A. Mayer-Strasbourg (gebürtig aus Saarlouis) in einer Reihe von Städten Vorträge über die elssässische Frage, deren Inhalt die weitesten Kreise interessiert wegen der Aufklärung über den Werdegang dieser wichtigen Frage. Einleitend bemerkt er, daß in Norddeutschland eine geradezu erstaunliche Uninteressiertheit an dem Schicksal von Elsaß-Lothringen herrsche, weniger zwar bei den Württembergern, als vielmehr bei den Norddeutschen. In dem tausendjährigen Kampfe zwischen den Deutschen und Franzosen um die urdeutschen Gebiete von Elsaß-Lothringen brachte die Glaubensspaltung in dem 16. Jahrhundert eine schlimme Wendung für die Deutschen. Die Folge dieser Glaubensspaltung war eine Schwächung der deutschen Macht, die sich vor allem in den inneren Zwistigkeiten äußerte. Unter Beteiligung deutscher Fürsten wurde den Franzosen der Weg nach dem Rhein geebnet und so konnte es Ludwig XIV. gelingen, das deutsche Land zu erobern. Elsaß-Lothringen blieb im 18. Jahrhundert noch deutsch seiner inneren Gesinnung nach und erst die französische Revolution brachte die dortige Bourgeoisie den Franzosen näher; am meisten geschah dies unter Napoleon I. Als dann der Krieg 1870/71 Elsaß-Lothringen wieder an Deutschland zurückgebracht hatte (mit Ausnahme der sogenannten „Burgundischen Städte“) stürzte sich vor allem das kapitalistische Deutschland mit Macht auf die wirtschaftliche Ausbeutung der reichen Bodenschätze des Landes. Dabei stehen es die Herren Direktoren, die die Kapitalisten sandten, bewenden und versuchten es so wenig, wie die Verwaltungsbeamten vom höchsten bis zum niedersten, etwas für die Seele des elssässischen Volkes zu tun. Es konnte so kein harmonisches Verhältnis zwischen dem preussischen Bürokratismus und dem Volk zustande kommen; der Ueberhebung des ersteren stand die ständige Furcht des letzteren gegenüber. Bei allem wirtschaftlichen Aufschwung durch die Altdeutschen kam trotzdem keine innere Annäherung an Deutschland zustande. Und auch die politischen Parteien bemühten sich vergeblich, die nach Frankreich schießenden Notabeln für sich zu gewinnen, anstatt sich an das werktätige Volk zu wenden. So bildete sich rasch die „elssässische Frage“, die nichts anderes bedeutete, als die große Unschicklichkeit der Deutschen, das urdeutsche elssässische Volk für sich zu gewinnen und die ungeheuer große Schamlosigkeit, mit der der Franzose die Dummheiten der Deutschen auszunützen verstand. Legten Endes wird die elssässische Frage eine soziale Frage sein, bei deren Lösung es sich darum handeln wird, wie sich die neuen Machthaber in Elsaß mit der Arbeiterpolitik abfinden und wie sich die Arbeiter zum nationalen Gedanken stellen werden. Einstweilen tritt der nationale Gegensatz deutlich hervor zwischen dem deutsch-fühlenden Volke von Elsaß-Lothringen und seinen welschen Herren; denn die ungeheuren Erwartungen und Versprechungen, die die Angliederung an Frankreich bringen sollten, erfüllten sich bis jetzt nicht; als einzig sichtbare Folge der Angliederung tritt das Streben der französischen Kapitalisten nach der Ausbeutung der Bodenschätze in die Erscheinung. Diese könnte aber nur auf Kosten des Volkes geschehen, das sich aber nicht verschachern lassen will; daher auch die scharfen Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und den Beamten bezw. dem Militär in der allerletzten Zeit. Nachdem es das alte Deutschland nicht verstanden hatte, anzuehnden auf die Randvölker einzuwirken, sollte es das neue Deutschland, sobald es zu geordneten inneren Verhältnissen gekommen sein wird, nicht veräumen, durch kluge Mäßigung in der Politik von selbst anzuehnden auf die Grenzvölker, die sich deutscher Abstammung erfreuen, zu wirken. Dann dürfte auch die elssässische Frage in ganz friedlicher Weise in der künftigen neuen Weltordnung ihre Lösung finden.

Deutschland.

Die Verhandlungen wegen des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung.

* Berlin, 1. Okt. Die Verhandlungen wegen Eintritts der Demokraten in die Regierung haben zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Wie der „B. V. A.“ schreibt, macht zunächst das Betriebsrätegesetz den Unterhändlern der drei Parteien Kopfzerbrechen. Ein weiteres Hindernis für den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung bildet die Frage Erzberger. Dann stellten die Demokraten noch Forderungen auf, die sich auf rein innere Angelegenheiten erstrecken. Gestern nachmittag wurde der Versuch gemacht, eine Grundlage für Vereinbarungen zu finden. Gestern Abend tagten die Mehrheitssozialisten und das Zentrum und heute vormittag wird die demokratische Fraktion zusammenreten, um sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Ein Entscheidung wird kaum vor zwei oder drei Tagen erwartet. — Dem „Vorwärts“ zufolge soll in sachlicher Beziehung für eine gemeinsame Regierungsarbeit freie Bahn geschaffen sein.

Der Reichsnotetat.

(W.B.) Berlin, 30. Sept. Der Nationalversammlung ist heute der Notetat zugegangen, in dem u. a. 133 334 000 Mark zur Gewährung von Kriegsteuerzulagen an Beamte und Lohnangehörige, sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene angefordert werden, ferner 1,4 Milliarden M für die Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und

der Reichsmarine, sowie für das Kommando der Schutztruppen, und 15 Milliarden M für die Ausführung des Friedensvertrags, insbesondere für den Wiederaufbau, sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges. Der Notetat wurde in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses angenommen.

Eine Entschuldigung.

Berlin, 30. Sept. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge haben sich der Bürgermeister von Limburg und der Kommandeur des Bataillons der Reichswehr am letzten Sonntag für die am 11. September erfolgte Festnahme zweier französischer Offiziere feierlichst entschuldigt. — Es wäre interessant, zu erfahren, warum die Offiziere verhaftet wurden.

Zum Streik an der Wasserkante.

Berlin, 1. Okt. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge sind im Seemündler Hafen von Wittgöden des Seemannsbundes Ausschreitungen gegen fahrdereite Schiffsabfertigungen verübt worden. Anmurrernde Leute wurden blutig geschlagen. In mehreren Stellen wurden arbeitswillige Seeleute von 40 bis 50 Mann starken Trupps mißhandelt. Auf dem Handelshafengebiet wurde ein ausländischer Fischdampfer überfallen. Neun Dampfer sind im Laufe des gestrigen Tages ausgefahren. Seit Beginn des Streiks sind 26 Fischdampfer in See gegangen.

Berlin, 30. Sept. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Hamburg mitgeteilt wird, kann der Streik der Seemannsbündler als vollständig verfehlt und zusammengebrochen angesehen werden. In der Voraussetzung ihrer Niederlage hatte die Streikleitung der Seemannsbündler auch am Sonnabend die für die Rückbeförderung unserer Gefangenen aus England bestimmten Dampfer freigegeben.

Die Entwicklung der württemberg. Verfassung.

Vortrag gehalten von Landtagsabgeordneten Staudenmeyer anlässlich der Verfassungsfeier.

(Fortsetzung.)

Wie auf der einen Seite die freien Reichsstädte, so haben sich innerhalb der Grafschaft Württemberg auf der anderen Seite in der zweiten Hälfte des 13. und im Laufe des 14. Jahrhunderts auch die aus Dörfern emporgehobenen Städte zu Mittelpunkten zu erheben verstanden und sich mit den benachbarten Dörfern zu sog. „Aemtern“ gruppiert, die ein Verwaltungsganzes und in ihrer Gesamtheit für das Land die sog. „Landschaft“ bildeten und nach und nach eine Macht darstellten, mit der der Landesherzog zu rechnen hatte. Neben ihr (der Landschaft) übte die „Ritterschaft“, aus der der Landesherzog seine „Landhofmeister und Räte“, sowie zum Teil auch die Äbte, die Vorsteher der einzelnen Ämter zu entnehmen pflegte, einen großen Einfluß auf die Regierung des Landes aus, während die Ritterschaft selbst nicht mit dem regierten Land gehörte und nur durch das persönliche Lehensband an die Person des Grafen gebunden war.

Als dritte einflussreiche Gruppe war vorhanden der Stand der Prälaten, schon mit Rücksicht auf die zahlreichen und teilweise mächtigen Klöster.

Mit diesen drei Gruppen — der Landschaft, den Rittern und den Prälaten — mußte der Landesherzog sich auseinandersetzen und so ist es begreiflich, wenn erstmals im Jahre 1480 Graf Ulrich bei seiner Niederlegung der Regierung an das künftige Wohl seiner „Prälaten, Ritterschaft und Landschaft“ denkt und wenn beim Münsinger Vertrag von 1482, in dem die Anteilbarkeit des Landes vereinbart wurde, der aus diesen drei Gruppen zusammengesetzte „Rat“ mitwirkte und auch für künftige Fälle vorbehalten und in Aussicht genommen wird, der „Rat“, der im Eßlinger Vertrag von 1492 auf 12 Mann, je 4 aus jedem der drei Stände, festgesetzt wurde.

Hier wirkten also erstmals bestimmte, vertraglich anerkannte Räte, als Vertreter des Volkes mit. Am 14. Juni 1498 verkündeten dann Landhofmeister, Ratsler und Räte, auch andere „Prälaten, Räte, Grafen, Ritter, Knechte und die Landschaft“ eine neue „Regiments-Ordnung“, d. h. eine Ordnung, nach der in Zukunft regiert werden soll, die als die erste Verfassung des württemberg. Landes bezeichnet werden kann. In jener Ständeversammlung von 1498 dürfen wir also die erste verfassunggebende Landesversammlung in Württemberg erblicken.

Schöpfer der Verfassung waren die „Stände“, und sie treten nun als die Gesetzgeber in Württemberg auf und haben in der weiteren Geschichte des Landes eine überaus wichtige Rolle gespielt.

Freilich, der „ständische Staat“ des ausgehenden Mittelalters sah wesentlich anders aus, als unser heutiges Staatswesen. Der Gedanke, daß der Staat nichts anderes sei, als das Volk, lag jener Zeit weit fern. Das Volk als solches hatte nicht den geringsten Einfluß auf die Geschicke des Landes, es mußte zahlen, frohnen und im Uebrigen — den Mund halten.

Worauf beruhte nun eigentlich die Macht der Stände? Zunächst darauf, daß ihnen die wichtigsten Leistungen für das Land oblagen: die Landesverteidigung, das Gericht und die Friedensbewahrung. Sodann aber, und vor allem, darauf, daß der Landesherzog sie brauchte, sein wachsendes Geldbedürfnis zu befriedigen. Eine „Steuerhoheit“, das heißt ein Recht des Landesherzogs, nach seinem Belieben Steuern zu erheben, gab es damals noch nicht. Solange noch die sog. „Naturalwirtschaft“ bestand, bedurfte ja auch der Staat des Geldes nicht. Aber nun hatte sich die „Geldwirtschaft“ entwickelt, an Stelle des alten Heerbannes waren Söldnerheere getreten, der Landesherzog begann eine kostspielige Hofhaltung zu führen, alles das kostete Geld. Der Landesherzog machte Schulden, oft sogar unerbörliche große Schulden. Wolte er sie bezahlen, so mußte er sich an die Stände wenden. Auf sein Ansuchen verpflichteten sie sich, seine Schulden zu übernehmen oder für die Zwecke des Heerwesens eine regelmäßige Beihilfe zu leisten. Sie brachten die Mittel dafür auf, indem sie Steuern umlegten auf die Ämter, die diese wieder auf die einzelnen Orte und die Orte auf die Besitzer verteilten.

Aber die Stände übernahmen solche Last nicht umsonst, sie verlangten für ihre Leistungen Rechte und ließen sie sich vertraglich zusichern. So wurde die Verfassung

des ständischen Staates durch Verträge immer weiter ausgebaut im Sinne einer Beschränkung der Rechte des Landesherzogs. Die Grundlage hatte, wie schon gesagt, für Württemberg die Regimentsordnung von 1498 geschaffen. Die eigentliche Verfassung des ständischen Staates aber wurde unmittelbar im Anschluß an den Bauernaufstand des „armen Konrad“ der Tübinger Vertrag vom 8. Juli 1514.

Auch dieser Vertrag verdankt seine Entstehung der für jene Zeiten unerhörten hohen Schuldenlast, die der regierende Herzog Ulrich durch unglückliche Kriegsführung und eine glänzende, prunkvolle Hofhaltung sich zusammengeborgt hatte und die sich auf mehr als 900 000 Gulden belief. Diese Schuldenlast ist nicht weiter verwunderlich, wenn man vom Chronisten hört, wie der junge, 25 Jahre alte, prunkliebende Fürst z. B. seine Hochzeit im März 1511 feierte:

„In rottem, mit Gold und Edelsteinen strotzendem Gewande, mit wallendem Federbusch, Silberstößen Halbkleidern, goldenen Sporen und kostbar besetztem Degen zog der Fürst mit 1000 Berritten der heranziehenden Braut entgegen und Rennspiele aller Art belebten den Zug bis zur Stadt Stuttgart. Es war eine Hochzeitsfeier, wie sie in solcher Prachtentfaltung nicht ihres gleichen hatte. Die Anwesenheit der besten württembergischen Fürsten und Grafen, Bischöfe und Äbte, vieler Edelknechte und eine ungeheure Volksmenge belebte dieselbe. Die Zahl der Pferde wurde auf 6000 geschätzt. Mehrere Tage lang wurden 16 000 Menschen in Stuttgart gespeist. Ein 8-röhriiger Brunnen beim Eingang des Schlosses spendete reichlich für jedermann roten und weißen Wein. Man verzehrte: 136 Ochsen, 1800 Rälber, 130 Schweine, 570 Kapuzinen, 5200 Hühner, 2759 Krametsvögel, 11 Tonnen Salmen, 90 Tonnen Heringe, 120 Pfund Nelken, 30 Pfund Ingwer, 40 Pfund Safran und 35 Pfund Sillholz usw.“

Dieser Verschwendung gegenüber die Not und Armut des Volkes! Kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen unter dem Namen des „Bundschuh“ und des „armen Konrad“ sich die Bedrängten zusammenscharten und daß es zum blutigen Bauernkrieg kam. (Fortf. folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. Oktober 1919.

Die Beamtenchaft und die wirtschaftliche Lage.

Die Vertreter der beiden Staatsbeamtenverbände haben sich in einer Sitzung am 25. September über die durch die Lenkung entstandene wirtschaftliche Lage und über die Mittel zur ihrer Besserung eingehend beraten. Es kam hierbei von Seiten beider Verbände scharf zum Ausdruck, daß ein Preisabbau für die notwendigen Bedarfsartikel des Lebens mit allen Mitteln anzustreben sei, daß eine starke Hand gewünscht werde, um gegen die wucherische Ausbeutung, das Schieberwesen und das moralische Verkommen des Handels und Wandels und damit des Volkes mit den allerzweckmäßigsten Mitteln einzugreifen. An der Regierung wurde getadelt, daß ihre zögernde Haltung in dieser Frage, den notwendigen Glauben an ihren guten Willen und an den Erfolg erschütterte. Es wurde u. a. die Einföhrung besonderer Gerichte gegen den Schleißhandel und gegen den Wucher und die Erlassung drakonischer Strafvorschriften mit abgekürztem Verfahren gewünscht. Ebenso wurde die Erlassung scharfster Strafbestimmungen für falsche Steuerdeklarationen verlangt, um die vom Wucher und Schiebern lebenden Kreise richtig zur Steuer heranzuziehen zu können. Es wurde bedauert, daß die Beamtenchaft gegenüber den von allen Seiten ins Unerzschwingliche geschaubten Preisen für notwendige Artikel in ein immer schlimmeres Mißverhältnis treten. Der dadurch auf die Festbeholdeten ausgeübte Druck habe als natürliche Folge das Streben nach Lohnerhöhungen. Dieser Entwertung, die volkswirtschaftlich unser Verderben ist, kann sich auch die Beamtenchaft zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz in beachtlichem Maße nicht entziehen, solange nicht ernstlich und redlich vom gesamten Volke an einen Preisabbau herangegangen wird. Nur ein Preisabbau kann Deutschland noch retten! Die Preissteigerungen und Preisrücksetzungen sind unser Unglück. Sie sind Landesverrat und Verrat am Volke! Die Beamtenchaft hat der Staatsregierung folgende Entschliessung überreicht: „Die vereinigten Ausschüsse der beiden Staatsbeamtenverbände, die am 25. September zu einer Beratung über eine Beschaffungszulage zusammengetreten sind, halten an dem dem Staatsministerium unterbreiteten Forderung auf Gewährung einer den Reichsgesetzen entsprechenden Beschaffungszulage mit allem Nachdruck fest und bevollmächtigen ihre Vertreter, in Verhandlungen mit der Regierung diese Forderung unter dem Hinweis auf die drohende Gesamtlage und die Entschlossenheit der Beamtenchaft durchzusetzen. Gleichzeitig wird die Vertretung der Beamtenchaft bevollmächtigt, ihre Bemühungen auf Herbeiföhrung einer baldigen Senkung der Preise für Lebensmittel und sonstige notwendige Lebensbedürfnisse im Benehmen mit dem Staatsministerium energisch und mit dem der Bedeutung dieser Frage für das ganze Volksleben angemessenen Ernst fortzusetzen.“

Eine weitere Teuerungszulage für Beamte.

Der Finanzausschuß des Landtags besprach mit dem Finanzminister die Frage der Gewährung einer weiteren einmaligen Teuerungszulage. Der Finanzminister stellte fest, daß Württemberg bisher nach der zuletzt im Sommer erfolgten Regelung höhere Zulagen gewährte als sonst im Reich und in Einzelstaaten üblich war. Es sei also der Vorwurf, daß Württemberg zurückstehe, nicht gerechtfertigt. Erst jetzt sollen in verschiedenen Einzelstaaten Ausgleichszulagen nach dem württembergischen Beispiel gewährt werden. Die fortschreitende Teuerung müsse aber anerkannt und es könne die Forderung nach einer weiteren Teuerungszulage nicht von der Hand gewiesen werden. Zur Deduktion des Aufwands werde eine Schuld aufgenommen werden müssen. Durch Steuern die notwendigen Summen aufzubringen, sei unmöglich. Auf große Mehreinnahmen, etwa aus Eisenbahn und Post, könne nicht gerechnet werden. Der Zuschlag der Grunderwerbsteuer des Reichs, der geplant sei, werde nicht viel einbringen. Gewährt müßten die Zulagen auch den staatlichen Pensionären sowie den Witwen und Waisen werden. In der Aussprache erklärten Redner aller Parteien sich grundsätzlich zu einem Entgegenkommen bereit, soweit dieses möglich sei, ohne die Grä-

Stenz des Staats zu gefährden. Ferner wurde die Frage be-
sprochen, ob nicht eine Abstinenz der Zulagen nach Ortschaften
sowie nach dem Alter und der Dauer der Dienstzeit beim Staat
zweckmäßig sei. Allgemein wurde begrüßt, daß auch die
invalidierten Arbeiter nicht vergessen werden. Bindende Be-
schlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Der neue Winterfahrplan.

Der württembergische Winterfahrplan, der bekanntlich erst
am 5. Oktober in Kraft tritt, weist erfreulicherweise nicht die
starken Einschränkungen auf, wie sie befürchtet wurden; be-
sonders im innerwürttembergischen Verkehr hält sich der Zug-
verkehr auf seiner alten Höhe, wenn auch der Verkehr ins Ober-
land nach wie vor manche Lücken aufweist. Die D-Zugver-
bindungen zwischen Frankfurt a. M. — Mannheim — Stutt-
gart und Stuttgart — Ulm — München und dem Bodensee
bleiben bestehen. Beibehalten werden ferner die D-Züge
Berlin — Stuttgart — Immendingen — Schaffhausen — Zürich
mit dem Expresseanschluss nach Mailand. Bestehen bleibt
auch der D-Zug, der morgens 6.48 Uhr von Stuttgart nach
München-Berlin fährt. Es ist sogar ein neuer beschleunigter
Personenzug eingefügt, der an Sonn- und Feiertagen von
Mödingen her über Aalen nach Stuttgart fährt. (Aalen ab
6.40 Uhr vormittags.)

Die neuen Fernsprechtgebühren.

Vom 1. Oktober 1919 ab betragen im innerwürttembergi-
schen Verkehr, sowie im Verkehr mit dem Reichspostgebiet und
mit Bayern die Einzelgesprächsgebühren:

Bei der Benützung der Verbindungsanlagen zwischen ver-
schiedenen Netzen oder Orten mit öffentlichen Sprechstellen für
das einfache Gespräch von 3 Minuten Dauer zur Tageszeit:

- a) im Ortsverkehr von oder nach öffentlichen Sprechstellen
und von Fernsprechautomaten aus 20 \mathfrak{S} ;
- b) im Vorortsverkehr 20 \mathfrak{S} ;
- c) im Fernverkehr innerhalb Württembergs sowie im
Verkehr mit dem Reichstelegraphengebiet und mit
Bayern bei einer Entfernung von nicht mehr als
25 Kilometer 40 \mathfrak{S} ; von mehr als 25 bis 50 Kilometer
50 \mathfrak{S} ; von mehr als 50 bis 100 Kilometer 1 \mathfrak{M} ;

von mehr als 100 bis 500 Km. 2 \mathfrak{M} ; von mehr als
500 bis 1000 Km. 3 \mathfrak{M} ; von mehr als 1000 Km. 4 \mathfrak{M} .

Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben.
Für die Uebermittlung des Namens einer bestimmten Per-
son, mit der ein Gespräch geführt werden will, an die ver-
langte Sprechstelle wird im Vororts- und Fernverkehr eine Ge-
bühr von 50 \mathfrak{S} erhoben.

Die Gebühr für die Herbeiführung einer Person zu einer
öffentlichen Sprechstelle zum Zwecke der Abhaltung eines Ge-
sprächs im Ort selbst und in seiner nächsten Umgebung (in
Württemberg im Umkreis von 1 Km.) beträgt 50 \mathfrak{S} . Bei
größeren Entfernungen werden in Württemberg die wirklich
erwachsenen Auslagen erhoben.

Befchränkung des Aufenthaltsrechts.

Wer in einer Gemeinde nicht schon vor dem 1. November 1918
seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt gehabt hat, kann aus ihr

entlassen werden, wenn er die Befreiung nach dem Reichsgesetz
vom 1. Oktober 1919 nicht beantragt hat.

Die Befreiung kann durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

Die Befreiung kann auch durch den Ortsbürgermeister beantragt
werden, wenn er durch einen Bescheid der Gemeindebehörde
entlassen wird.

auf Antrag der Gemeinde oder des Oberamts oder von Amts wegen
durch das Ministerium des Inneren ausgewiesen werden, es sei denn,
daß er in ihr das Bürgerrecht besitzt. Bei Personen, die die würt-
tembergische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, kann die Ausweisung
auf das ganze Land ausgedehnt werden. Die Verfügung tritt sofort
in Kraft.

Geringere Ausmahlung des Brotgetreides. Erhöhung des Brotpreises.

Die schon seit geraumer Zeit vielfach verlangte niedrigere Aus-
mahlung des Brotgetreides, die ein wohlchmedendes und bekömm-
liches Brotgetreide ergeben wird, wird nach Auskunft der Reichs-
getreidebestelle von Mitte Oktober ab verwirklicht werden. Während
bisher Roggen und Weizen eine Ausmahlung von 94 Prozent er-
fahren, wird der Roggen nach dem 15. Oktober nur zu 82 Prozent
und der Weizen zu 80 Prozent ausgemahlen werden. Bei Gerste
erfolgt die Herabsetzung bis zu 75 Prozent. Es ist klar, daß die
Folgen der niedrigeren Ausmahlung sich nicht schon vom 16. Okt.
ab in Gestalt eines besseren Brotes bemerkbar machen können. Viel-
mehr müssen die vorhandenen und bis zum 15. Oktober bestehenden
Mehlsbestände zunächst aufgearbeitet werden. Je nach dem Umfange
der Vorräte an Aproz. Mehl kann in den einzelnen Kommunalver-
bänden das bessere Brot erst einige Zeit früher oder später von den
Bäckern hergestellt werden. Die wesentliche Qualitätsbesserung des
Brotes ist natürlich auch auf die Gesehungskosten des Brotes nicht
ohne Einfluß, wozu noch der gegen das Vorjahr höhere Getreibe-
preis, Mahlohn und sonstige Erhöhungen der Unkosten (Kohlen usw.)
treten. Da es nicht möglich ist, die Differenz zwischen dem jetzigen
und dem künftigen Preise gänzlich aus Reichsmitteln zu begleichen,
wird sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht umgehen lassen.

Nichtpreise für Most.

Bei dem Abfah des Mostobsts des Jahrgangs 1919 dürfen
nachstehende Höchstpreise, je einschließlich Steuer, nicht über-
schritten werden: Erzeugerpreis 45 \mathfrak{S} das Liter; Ausschank-
preis 70 \mathfrak{S} das Liter. In den großen und mittleren Städten
kann durch Beschluß des Gemeinderats der Erzeugerpreis bis
zu 50 \mathfrak{S} , der Ausschankpreis bis zu 80 \mathfrak{S} das Liter erhöht
werden.

Weizen von Saatfrucht.

Von der Zentralstelle für Landwirtschaft wird folgendes
Rundschreiben erlassen: „Trotz des bestehenden Weizen-
zwanges ist im letzten Herbst ein sachgemäßes Weizen von Win-
terweizen und Winterdinkel vielerorts unterlassen worden zum
Schaden der Landwirte und der Allgemeinheit. Unter den
heutigen Verhältnissen muß mit allen Mitteln darauf hin-
gearbeitet werden, das leistungsfähigste Korn für die Ernährung
zu gewinnen. Wenn man dieses Jahr die mit geheiztem
Saatgut bestellten Felder verglichen hat mit denen, auf welche
unbehandeltes Getreide gesät wurde, kann man sich ein Bild
machen von der ungeheuren Schwädigung für unsere Volksernäh-
rung durch den Steinbrand. Wir erziehen deshalb, darauf hin-
zuwirken, daß sämtlicher Saatweizen und Dinkel geheizt wird.“



Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.

Die auf Buttermarke Nr. 3 bestellte Butter kann gekauft werden.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Landwirte werden nochmals dringend aufgefordert,
sämtlichen

Saat-Weizen und -Dinkel zu beizen.

Unter dem Rathaus ist Beizflüssigkeit zur unentgeltlichen
Benützung aufgestellt, auch wird auf Wunsch Formaldehyd zum
Selbstbereiten der Saatbeize abgegeben.
Unterlassen des Beizens müßte bestraft werden.
Calw, den 30. Sept. 1919. Stadtschultheißenamt:
J. B. Sekr. Herrmann.

Einfach

Rauchkasten

f. Metzgereien u. Hauschlachtungen geeignet, wertvoll
zum Aufbewahren der Fleischwaren; kein Schwitzen,
kein Anlaufen derselben, in schwarz und verzinkt.

Dampfwaschmaschinen Dörrapparate empfiehlt

Carl Dongus, Deckenpfronn.

Solid

Ein oder zwei möblierte

Zimmer (heizbar), möglichst in der Nähe der Spö- herischen Handelschule ab Anfang Oktober zu mieten gesucht.

Gest. Angebote an Richard
Fröde, Pforzheim, Friedenstr. 8.

Lehrer sucht für sofort gut möbl.,
heizbares

Zimmer

(auch ohne Bett) in ruhiger Lage.
Angebote unter Nr. 200
an die Geschäftsstelle des Blattes.

Guterhaltene

Zimmerstube

zu kaufen gesucht. Schriftl.
Angebote mit Preisangabe unter
G. 500 an die Geschäftsstelle des
Blattes erbeten.

Einige gebrauchte guterhalt.

Fenster

130x85
zu kaufen gesucht.
Johannes Rothacker,
Alzenberg.

Traumbuch
das große ägyptische Nr. 5.20.
Afka Verlag München 23/60.

Schützen-Gesellschaft Calw.

Die diesjährige

Mitgliederversammlung

findet am kommenden Samstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr
bei Gottlob Weiß (Nebenzimmer) statt und werden unsere Mitglieder
hieszu freundlich eingeladen.
Der Ausschuss.

Tagesordnung: Rechenschafts- und Kassenbericht. Neuwahlen.
Etwas Anträge.

Der Mitgliederversammlung geht eine Sitzung des Ausschusses
voran und ist dessen vollständiges Erscheinen erwünscht.
Der Schützenmeister.

Anfertigen v. Herren- u. Anabenanzügen, Wenden, Rendern und Flickern, Anfertigen v. Damen- u. Mädchenkleidern bei Sedelmeier, Schneidermeister, Lederstr. 168.

Geucht auf 15. Oktober ein in
allen Hausarbeiten erfahrenes

Weinmädchen.

Angebote mit Zeugnisabschriften
an
Frau Dr. Imhoff, Karlsruhe,
Vorholzstraße 4.

Ein jüngerer

Flaschnergehilfe

kann sofort eintreten bei
Otto Kern, Flaschnerei und
Installationsgeschäft Liebenzell
Ordentlicher

Laufjunge

nicht unter 14 Jahren gesucht.
Ch. Schlatterer.
Suche für sofort einen ordentl.
Lehr-Jungen
welcher die Bäckerei gründlich er-
lernen will.

Apfenbrot, Bäckerei,
Pforzheim, Christophallee.

Kräftiges

Mädchen

zur Hilfe in Küche und
Haushalt bei hoh. Lohn
u. guter Verpflegung ge-
sucht. Fahrvergütung.
Rheinischer Hof, Bruchsal
(Baden).

Per sofort wird ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und zum Spülen gesucht.
Frau Ziegler,
Hotel Waldhorn.

Wagen-Gesuch.

Einen Zweispänner-
Leiterwagen
zu kaufen gesucht.
Offerten mit Preisangabe sind
zu richten an
Knaus, zur Nagold,
Dillweissenstein.

insbesondere für genügende Beizflüssigkeit zu sorgen.“
— (Das Stadtschultheißenamt Calw fordert daher im Ange-
gen des Landes die Landwirte auf, Saatweizen und
Dinkel zu beizen, und macht darauf aufmerksam, daß unter
dem Rathaus Beizflüssigkeit zur unentgeltlichen Benützung auf-
gestellt ist. Auf Wunsch wird Formaldehyd zum Selbst-
bereiten der Saatbeize abgegeben.)

Außen und Bitte.

Infolge des durch Wilsons Heucheltünfte herbeigeführten
Friedensschlusses hat Deutschland große Gebiete an Frankreich,
Polen und Böhmen abgetreten. In diesen von 6 Millionen
Deutschen bewohnten Ländern hören fast überall die vom
Staat und den Gemeinden unterhaltenen deutschen Schu-
len auf; die deutschen Kinder der heranwachsenden Generation
erhalten ihre Schulbildung in französischer, polnischer, lettischer,
böhmischer Sprache, sofern nicht Vereinigungen der Eltern zur
Errichtung deutscher Privatschulen imstande sind. Der deut-
sche Staat ist zur Unterstützung dieser Volksgenossen nicht fähig.
Hier greift der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums im
Ausland“ (Deutscher Schulverein) ein. Seine Aufgabe ist, den
namentlich in Polen (einem rüchständigen Rechts- und Kultur-
staat) ausgelieferten Deutschen durch Geldsammlung die Mittel
zu verschaffen, um für den Unterricht der Kinder deutscher El-
tern in deutscher Sprache Sorge zu tragen.

Wer unter uns ein Herz hat für unsere verlassen Volk-
genossen, möge eine Gabe gelangen lassen an
Dr. Eberhard Müller, S. Seeger.

Der betrogene Betrüger.

Ein Bäckermeister in R. bezog seine Butter seit langer Zeit
von einem Bauern aus der Umgegend. Eines Tages erschien es
ihm, daß die Butterklumpen, welche je drei Pfund wiegen sollten,
das verlangte Gewicht nicht hätten. Er fing deshalb an nachzuwiegen
und stellte fest, daß sie weniger wogen. Der Bäcker verklagte nun
den Bauern. Im Termin fragte der Richter den Beklagten: „Saben
Sie eine Waage?“ „Ja, Herr Richter.“ „Und Gewichte?“ „Nein,
ein solches habe ich nicht.“ „Wie wiegen Sie denn Ihre Butter?“
„Ganz einfach so“, antwortete der Bauer, „seitdem der Bäcker die
Butter von mir kauft, laufe ich mein Brot bei ihm, den Laib zu
drei Pfund. Diese Laibe dienen mir als Gewichte für meine
Butterklumpen. Wenn nun das Gewicht nicht richtig ist, so ist das
nicht mein Fehler, sondern der seinige.“ — Daraufhin wurde die
Klage des Bäckermeisters kostenpflichtig abgewiesen.

(S.C.) Gmünd, 30. Sept. Generalquartiermeister Grö-
ner wird, nachdem er nach Auflösung des Großen Haupt-
quartiers seinen Posten niedergelegt hat, zunächst hier in
Gmünd, der Heimat seiner Gemahlin, seinen Aufenthalt neh-
men. Gröner war von 1887 bis 1890 hier, wo er seine mili-
tärische Laufbahn begann.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Hölzlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Allen Freunden und Bekannten sagen wir auf
diesem Wege

Lebewohl!

Förster a. D. Knörzer mit Familie.

Berlora

ging von Lederstraße (Rest. Ziegler)
bis Liebelberg eine wasserdichte

Pferde-Decke

(braun). Abzugeben gegen 10 Mk.
Belohnung bei
Meßgerm. Ad. Ziegler, Calw,
oder bei Joh. Schaible,
Liebelberg.

Frisk gebrannten Kaffee

empfiehlt
Karl Serva.

Haararbeiten

fertig rasch und billig
I. Odermatt, Friseur-Meister,
Calw.

Hierher müssen Sie Ihre Felle

senden und erhalten Sie die
höchsten Preise
vom Warden bis zum Firsch.
Ankauf von Rehgeweihen.
Gewebn von Fellen.
E. Maßhöfer,
moderne Tierausstopferet
Pforzheim, Lindenstraße 52,
Telephon 1501.

Calw, den 30. September 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme während der langen Krankheit und bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen

Ernst Rothammel,

Lehrer,

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers Schmid und den erhebenden Gesang des verehrlichen Kirchenchors, insbesondere dem Lehrerkollegium der Neuen Höheren Handelsschule, sowie für den letzten Liebesdienst der Herren Ehrenträger, die vielen Blumen Spenden und das ehrende Geleite zur letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Empfehle

Birkenwasser (Dr. Dralle), Brennesselwasser, Bayrum, Eau de Quinine, Haarbalsam, Fl. Teerseife, Zahnpasta, Kaliklora, Chlorodont, Pebecco, feine Hautcreme, Sommersprossengegenmittel, Puder, Parfümerien, Brillantfäden, Isf. Pomaden, Barbinder, -Kämme und -Wasser, Artikel zur Nagelpflege, Stirn- und Haubennetze, Haar- u. Lockenmadeln, Haar- und Zahnbürsten, Kämme und Spiegel usw.

J. Odermatt

Parfümeriegeschäft, beim Bahnhof.

Bei Kropf, dickem Hals usw. hat sich bestens bewährt

Apotheker Kaitzelhubers

Kropfgeist

Viele Nachbestellungen!
Zahlreiche Dankschreiben!
Flasche 3.50 Mk. bei 3 Flaschen franko. Allein durch Hofapotheke Hechingen, (Hohenzollern).

In Calw oder Umgegend

2-3 Zimmer-Wohnung

sofort oder später zu mieten gesucht. Angebote unter C 22 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Calw, den 1. Oktober 1919.

Trauer-Anzeige.



Lieferkühnheit machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau und Mutter, unsere liebe, gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luisa Langenstein,

geb. Dingler,

Dienstag früh, im Alter von 23 Jahren, unerwartet rasch verchieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: Wilhelm Langenstein,
die Eltern: Wilhelm Dingler und Frau
nebst Geschwister.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus aus statt.

Bad Teinach, 30. September 1919.

Todesanzeige.

Heute morgen 10 Uhr verschied nach schwerer Krankheit im 76. Lebensjahre mein lieber Mann, unser treu- sorgender Vater



Friedr. Aug. Schulz,

Privatier,

Veteran und Inhaber des eisernen Kreuzes von 1870.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
die Gattin Anna Schulz.

Die Beisetzung findet Donnerstag, 2. Oktober, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Neuweiler, den 30. September 1919.



Todesanzeige.

Teilnehmenden, Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder und Onkel

Jakob Reger, Metzgermeister,

im Alter von 58 Jahren und sein liebes Enkelkind

Heinz Werner Mienhardt

im Alter von 1 Jahr und 10 Monaten nach kurzer, schwerer Krankheit sanft verschieden sind.

Im tiefen Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Oktober nachmittags 2 Uhr statt.

Althengstett.

Habe mich hier als

prakt. Arzt u. Geburtshelfer niedergelassen.

Sprechstunden an Wochentagen von 9-10 Uhr, an Sonntagen nur in dringenden Fällen.
Behandlung von Kassenmitgliedern.

Telephonisch erreichbar bis auf weit. unt. Nr. 5 (Landjägerstat.)

Abrecht Fechter, approb. Arzt.

E. Wildbrett, Althengstett.

Homöopath u. Naturheilpraktiker gegenüber dem Bahnhof.

Behandlung sämtlicher Krankheiten wie: Magens, Leber-, Nieren-, Herz- und Lungenleiden sowie spez. Frauenleiden jeder Art. Vielfährige Praxis. Die schnellsten und besten Erfolge werden zugesichert. Viele Dankschreiben über guten Erfolg.

Beim ersten Besuch ist der Morgenurin mitzubringen.
Sprechzeit: } Täglich vorm. 9-12 und nachm. 1-4 Uhr, ausgenommen Freitags. Sonntags 9-12 Uhr.

H. MAIER Homöopath und Naturheilkundiger

Eigene Fachbehandlung für Frauenleiden, Weissfluss, starker Regel, Senkung, Kropf, Beinleiden, Bettläsungen, Blasenleiden, Gallenstein, Hämorrhoiden, Bartflechte, Malaria, Nerven-, Herz- u. Lungenleiden
Sprechz. Pforzheim Rennfeldstr. 21 tägl. vorm. 10-1/2 1 Uhr
nachm. 1/2 4-1/2 6 Uhr.
Samstag auswärts, Sonntag vormittags.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alle Stuttgarter)

Grösste europäische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit

Sicherste Kapitalanlage

Bankvermögen Ende 1918 542 Millionen Mark
davon erstellte Hypotheken- und Kommunal-
darlehen 410 Millionen Mark

Auskünfte erteilen in Calw: Carl Pross, Verw.-Ass.,
Herm. Stroh, Tricotwaren, Carl Reichert, Agenturen.

Feuerfeste Steine, Dampfkeffelsteine,
feuerfeste Erde, Backofenplatten
Ofenröhren und Ofenrohrbogen
Emil Ketter ** Weilderstadt.

Möbel-Schreiner gesucht

bei guter Bezahlung

Wöhner & Klumpp, Schreinerei, Dillstein.

Spöhrer'sche Höhere Handelsschule

Neuaufnahme 8. Oktober.

Die Schulleitung.

Es ist die höchste Zeit Ihre

zerrissenen Strümpfe und Socken

für den Winter flicken zu lassen. Deshalb
bringen Sie sofort Ihren ganzen Vorrat.

Annahmestelle für Calw
Garnhandlung Kühle
Altburgerstraße 277.

la. hochrote Speise-Gelbrüben

zum Einlegen, ab Lager Marktplatz 46 per
Zentner Mk. 12.— empfiehlt

Röhm-Daleolmo.

Bestellungen auf weitere Waggon Gelbrüben für
Futterzwecke bei billigster Berechnung, sowie Bestellungen
auf rote Rüben nimmt entgegen b. D.

Möbel-Verkauf.

Am Auftrag verkaufe ich am Montag, den 6. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr, im Gasthof zum „Dösch“, Vorstadt, 2 Treppen,
gegen Barzahlung:

1 Glashaften, 2 Stühle, 1 rundes Tischle, 1
Drehstuhl, 2 Bücherständer, 1 Hausapotheke, 1
Kaffee- und Likör-Serviere, 1 Bowle, 1 schönen
großen Spiegel, viele Bilder, 2 Wand- und 2
Taschenuhren, 2 Rasiermesser, Tee- und Milch-
kannen, Rippfächer, 1 Opernglas, Lampen und
Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

Betten- und Möbelverkauf.

Unterzeichnete verkauft am Samstag, den 4. Oktober nach-
mittags von 2 Uhr im Hause Bethel, Leuchweg, unten, gegen
Barzahlung:

Verschiedene, teils neuere und ältere Betten,
holz- und eis. Bettstellen mit Matragen, 3
schöne, gute 1-tür. Kästen, Tische, schöne
Stühle, 1 eis. Blumentisch, 1 Accordzither,
sowie sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

Gut erhaltenes
Pianino oder
Flügel

aus Privathand zu kaufen
gesucht. Angebote unter
Nr. 33 an die Geschäfts-
stelle des Blattes erbeten.

2 guterhaltene
Bettstellen

hat zu verkaufen.
Maier, b. Schützenhaus.

Echter

Pfei Fentabak

ist wieder eingetroffen.

Friedrike Pfeiffer, Vorstadt.

Kurzgesägtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert werden
L. Rärcher, Sägewerk,
Hirfan.